



Er scheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch Posten 2 Mark.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Nietschmann. Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschluß Nr. 289.

Insertionspreis für die halbjährliche Correspondenz-Beilage oder deren Raum 12 M.

Reclamen für den Tagesblätter die dreigekaltene Beilage oder deren Raum 30 M.

Nr. 214.

Freitag, den 13. September 1889.

90. Jahrgang.

## Finanzminister v. Scholz und die Steuerreform.

Halle, 12. September.

Trotz des Dementis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ halten angesehenere Berliner Blätter daran fest, daß der Rücktritt des Finanzministers von Scholz beschlossene Sache und in naher Zukunft zu erwarten sei. Auch wir erachten das Ausgehen dieses Ministers für nicht unwahrscheinlich, obgleich wir dasselbe keineswegs wünschen. So oft es uns vorgibt war, mit Herrn v. Scholz von finanzpolitischen Angelegenheiten zu reden, haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß derselbe das unparteiisch freudig begrüßte Steuerreformprogramm, welches Fürst Bismarck vor länger als zwölf Jahren in großen Zügen vor dem Reichstage entwickelte, streng festhält und dasselbe keineswegs weiter ausgebaut hat.

Wir glauben, daß das Programm im Laufe der letzten Jahre oft genug revidiert worden ist und jetzt also die Kenntnis desselben vorans. (Entlastung der Kommunen, Herabminderung der direkten Steuern im Wege der indirekten Besteuerung der Luxusartikel des Volkes &c.)

Unter dem Finanzminister von Bismarck, ganz besonders aber während der Geschäftsführung des Herrn v. Scholz hat dieses zunächst noch sehr allgemein gehaltene Programm konkretere Gestalt gewonnen. Herr von Scholz sprach sich am 22. Januar 1886 vor dem preussischen Landtage dahin aus, daß aus indirekten Reichsteuern — es handelte sich damals um die Einführung des Brauweinmonopols — Ueberschüsse erzielt werden müßten, welche es dem Staate ermöglichen,

die Vermögenssteuer anzuheben, die volle Hälfte der Kosten für die Volksschule auf die Staatskasse zu übernehmen und den vollen Ertrag der zur Zeit noch in die Staatskassen fließenden Grund- und Gebäudesteuer den Gemeindevorständen zu überweisen.

Der einzige Punkt, in welchem wir mit der Finanzpolitik des Herrn von Scholz nicht einverstanden waren, besteht darin, daß er sich zu zwei Malen entschlossen hat oder sich hat dahin drängen lassen, an eine Reform der auf dem Einkommen lastenden direkten Steuern heranzutreten, ehe sich oben entwickelte, auf ausgiebiger Gestaltung der indirekten Steuern basirende Programm zur Durchführung gelangt war. Der im Jahre 1884 unternommene Versuch, dem vielfachen Drängen nach Reform der direkten Steuern durch Vorlage eines neuen Einkommensteuergesetzes und eines Gesetzes über eine neu einzuführende Capitalrentensteuer zu entsprechen, scheiterte im preussischen Landtage, und zwar wesentlich deshalb, weil das Einkommen aus dem mobilien Vermögen erheblich umgünstiger behandelt war als dasjenige aus dem Grundbesitz. Die damals zur Geltung gelangten Interessenetze und Meinungsverschiedenheiten wendeten, wie oben schon angedeutet, schwinden, wenn die Grund- und Gebäudesteuer aufhöben, Staatssteuern zu sein. Im Laufe des vorigen Winters hat Herr Scholz, sei es der Noth gelegend, sei es dem eigenen Trieb, noch einen zweiten Versuch mit der Reform der direkten Steuern vor Erledigung der oben angeführten Punkte des Steuerreformprogrammes gemacht. Der von ihm fertiggestellte Gesetzentwurf wurde in den Augenblicke, da er im Abgeordnetenhaus eingebracht werden sollte, von maßgebender Seite beanstandet. Infolgedessen erfolgte der plötzliche und gänzlich unerwartete Schluß der Session. Von jenem Tage ab dauerte die Finanzministerkrise, deren Ausgang die politische Welt mit Spannung entgegenfiehet.

Von dem Inhalte des plötzlich beanstandeten Gesetzentwurfes wissen wir nur, was in der Thronrede angeündigt wurde, insbesondere also, daß derselbe den Declarationszwang bei uns einführte sollte. Gegen diesen Declarationszwang haben wir uns sofort ausgesprochen, als der elektrische Draht den Wortlaut der Thronrede durch die Welt trug.

Wir glauben, Herr v. Scholz wird zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß es rationeller gewesen wäre, an eine Reform der direkten Steuer erst nach vollständiger Erfüllung des bekannten Steuerreformprogrammes heranzutreten. Hat Herr von Scholz selbst doch den 1884 unternommenen Versuch als einen Abweg bezeichnet. Aber die Verhältnisse sind stärker als die Menschen. Das wird auch unter Herr Finanzminister während seiner Amtsführung erfahren haben. Ein sachlicher Grund, die auf dem Einkommen lastenden direkten Staatssteuern umgestaltete eine Reform zu unterwerfen, lag wahrlich nicht vor. Sehr wesentliche Entlastungen bei den unteren Vermögensklassen haben bereits im Anfang dieses Jahres stattgefunden, für die übrigen Klassen aber kann von einem Druck dieser Steuern nur insoweit die Rede

sein, als dieselben in Folge unserer irrationalen kommunalen Besteuerungswesens durch Gemeindezuschläge vervielfacht werden. Der wunde Punkt liegt nicht in der staatlichen, sondern in der Communalbesteuerung, und der Heilungsprozeß muß darum bei der Letzteren beginnen. Die Bedeutung der direkten Personalsteuern wird zudem vielfach überschätzt. Im Reich giebt es gar keine direkten Personalsteuern, im preussischen Staat aber beziffern sich dieselben jährlich wenig über 60 Millionen Mark. Was aber bedeuten diese 60 Millionen, sollen sie sich durch die Reform selbst um 20 oder 20 Prozent erhöhen, gegenüber unserem Staatsbudget von nahezu 1500 Millionen und unserem Antheile am Reichsbudget, der sich auf etwa 600 Millionen beläuft? Es kann noch nicht behauptet werden, daß die zur völligen Durchführung des Steuerreformprogrammes notwendige Weiterentwicklung des indirekten Besteuerungswesens zur Zeit nicht möglich sei und daß man sich deshalb zunächst habe an die direkten Steuern halten müssen.

Zwecken um Millionen und aber Millionen auf dem Wege der indirekten Steuern zu erhalten, sind in Deutschland unerschöpflich. Wir denken nur an die Biersteuer, die, um 10 pCt. ihres Wertes erhöht, und die dem Consumenten nur eine Preissteigerung von 4—5 pCt. ansetzen und die unserer unglücklichen „Lebensfähigsten“ sofort einen Ertrag von mehr als 100 Millionen bringen würde, also das Doppelte dessen, was unsere gelammte Klassen- und Einkommensteuer einbringen. Herr von Scholz hat das wohl erkannt und in dem Finanzwesen unseres Staates einen klaren Blick bewiesen. Sollte dem Finanzminister wirklich seine Demission geben, dem muß Fürst Bismarck aus anderen Gründen Herr von Scholz gehen lassen; an ein so rasch und so intensiv aufgetretenes, Augenleiden können wir nicht recht glauben umso mehr als der Finanzminister in vielen und wichtigen Angelegenheiten einen recht klaren Blick gezeigt hat.

Den einmal begangenen Fehler in der Communalbesteuerung kann auch Herr von Scholz gut machen, vielleicht noch besser als sein eo. Nachfolger.

## Politische und Tages-Chronik.

Halle, 12. Sept. Wie bereits gemeldet, hat der päpstliche Stuhl den Nuntius Agliardi zu München mit dem Informativ-Prozess bezüglich des erwählten Bischofs von Würzburg, Dr. Dingelstab, betraut. Jeder zum Bischof Gewählte bedarf der päpstlichen Bestätigung, und dieser geht auf den Informativ-Prozess voraus. Derselbe richtet sich auf die Gültigkeit der Wahlhandlung und auf die Unterlegung über die persönliche Lauglichkeit und Würdigkeit des Gewählten, worüber auch Zeugen gehört werden. Haben die Erhebungen stattgefunden, dann erfolgt in Rom der Definitiv-Prozess zur Entscheidung über die Gewährung der päpstlichen Bestätigung. Fällt diese Entscheidung bejahend aus, dann erst folgt die Präconisation, die öffentliche Verkündigung durch den Papst und die Insetzung der Wahlen, womit dann alle vorbereiteten Schritte zur Bischofsweihe geschehen sind.

Berlin, 11. September. Ihre Majestät die Kaiserin-Königin hatte am gestrigen Nachmittag mit den kaiserlichen Prinzen vom Neuen Palais aus eine Spazierfahrt unternommen, auf welcher sich unterwegs, von Schloß Glienicke kommend, auch Ihre I. G. die Frau Prinzessin Friedrich Leopold angeschlossen. Nach einem längeren Besuch auf dem Pfingstberge kehrte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin dann wieder nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück, während die Frau Prinzessin Friedrich Leopold sich gleichfalls wieder mit ihrer Begleitung nach Schloß Glienicke begab. — So weit bis jetzt bestimmt, wird Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit ihrer Begleitung morgen Nachmittag 3½ Uhr von der Wäpplartation aus Potsdam verlassen und mittels Sonderzuges ihre Reise nach Hannover antreten, woselbst die Ankunft voraussichtlich Abends 7½ Uhr erfolgen dürfte.

Die Kaiserin Augusta empfing vorgestern in Schlangenbad den Besuch der Kaiserin Friedrich, welche mit den Prinzessinnen Viktoria, Sophie und Margaretha dort eintraf und nach einem Aufenthalt von einigen Stunden nach Wiesbaden weiterfuhr. Die Prinzessin Sophie verabschiedete sich aus Anlaß ihrer bevorstehenden Vermählung von der Kaiserin Augusta.

Kaiserin Friedrich brückte am Seebad an dem Ort eines Bausches ihres vorerwähnten Gemahls bedürftigen Invaliden aus der Seebadnächte Beträge von 200 bis 500 M.

Nach der „Post“ wird die Kaiserin Friedrich das Zusammenreffen mit der Herzogin von Cumberland in Treborsburg vermeiden, um jeder Möglichkeit von

Einwirkungen weislicherseits hinsichtlich der etwaigen Nachfrage in Braunschweig, wenn auch nur für die künftige Generation, zu begegnen.

Der „Kreuzzeitung“ schreibt man aus Petersburg: Der russische Großfürst-Thronfolger hat für den Oktober seinen Besuch in Paris anmelden lassen. Diese so frühzeitige Ankündigung hat man in hiesigen Kreisen für eine recht geschickte politische Einleitung einer weiteren Anknüpfung intimer Beziehungen zu Frankreich, Siegt mit Hilfe russischen Geldes, russischen Einflusses und unter dem Banner chauvinistischer Gesinnung beim nächsten Wahlkampfe in Frankreich die Partei der Präsidenten, so kann der Besuch des Thronfolgers ein schweres Gewicht in die Waagschale des neuen Regiments legen, mit welchem allein ein russisches Jarenhaus engere Verbindungen anzuknüpfen für politisch hält. Und dieser Besuch im September, also bereits vor den Wahlen, angeündigt, kann dann stattfinden, ohne daß Europa das Recht hätte, etwas Besonderes in der Annäherung der Regierenden zu finden. Siegt in den Wahlen die Republik, nun, dann hat man gegen die in Frankreich so mißtraulich betrachtete Theilnahme des Thronfolgers an der preussischen Mandatn ein beruhigendes Gegengewicht geschaffen. Ueber die Jarenreise nach Berlin schweigt hier noch Alles.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ benennt Schwelburgs (Berl. Pol. Nachr.) Nachricht, Graf Herbert Bismarck übernehme am 17. September die Geschäfte des Auswärtigen Amtes. Vor Ablauf seines Urlaubs kehre derselbe nicht nach Berlin zurück.

Zu der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß von einem Rücktritt des Finanzministers v. Scholz in amtlichen Kreisen nichts bekannt sei, wird dem „B.Z.“ von geschätzter Seite geschrieben: Für Eingeweihte kommt dieses Dementi um so überraschender, als Herr v. Scholz, wie man sich erzählt, bereits im Frühjahr d. J. in einer Sitzung des Staatsministeriums (wohl aus Anlaß der Steuerreform) ziemlich scharf mit dem Reichstange zusammengefloßen und dabei von diesem in einer Weise zurückgewiesen war, die bisher immer als Signal zum Aufbruch aufgefaßt worden ist. Nach den bisherigen Erfahrungen wird Herr v. Scholz, nachdem er einmal in Widerspruch zum leitenden Staatsmann gerathen, aus seinem Urlaube nicht wieder ins Ministerium zurückkehren.

Die „National. Corresp.“ schreibt: Die Zeitungsmitteilung, daß der Reichstag in der nächsten Session sich mit neuen militärischen Forderungen von größerem Umfang zu beschäftigen haben werde, wird uns von unterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet. Die Arbeitsmenge soll auf das äußerste Maß beschränkt werden, die neue Regelung der Sozialistenfrage aber wird sich jedenfalls darunter befinden.

Der „B. B. Ztg.“ zufolge stände es fest, daß die Berufung des Reichstages für den 22. Oktober in Aussicht genommen sei.

Die Reise des preussischen Gesandten beim Vatican, v. Schöller, zum Reichstange nach Friedrichsruhe gilt der Herabziehung des Gesandten vor dem nahen Ablauf seines diesjährigen Urlaubs und der danach bevorstehenden Rückkehr desselben auf seinen Posten nach Rom.

Es wird offiziös bestritten, daß die Regierung dem Reichstag einen Entwurf über die Verhältnisse in Ostafrika vorlegen werde.

Minden, 11. September. Se. Majestät der Kaiser, Allerhöchsterwählter große Generalkünigsmann, trug, sitzend am Eingang des Exercierplatzes zu Pferde und sprengte, von den kaiserlichen Gästen, sowie von einer glänzenden Suite gefolgt, zum rechten Flügel der Parade-Auffstellung, während die Truppen unter dreimaligem Hurrah die Honneurs erwiesen, wobei die Musikcorps die Nationalhymnen spielten. Nach dem Abreien der Front, in welcher 33 Bataillone, 8 Kavallerie- und 2 Artillerieregimenter und der Train standen, wobei der Kaiser jedem Bataillon den Morgengruß entbot, fand ein zweimaliger Vorbeimarsch der Truppen statt. Der Großherzog von Hessen führte das Armeekorps als Inspekteur vor. Se. Majestät sprengte heute Mal an die Spitze des Regiments Nr. 53, dessen Chef der hochselige Kaiser Friedrich viele Jahre gewesen, und führte dasselbe Allerhöchsterwählter kaiserlichen Gästen vor, was große Begeisterung hervorrief. Die Parade dauerte drei Stunden. Fürst Waldemar von Dippe führte das Infanterieregiment Nr. 55, dessen Chef derselbe ist. Er. Majestät vor, ebenso der Großherzog von Oldenburg sein Kürassierregiment (Westfälisches Nr. 4) und Fürst Adolf Georg zu Schammurg-Dippe sein Jägerbataillon (Westfälisches Nr. 7). Von anderen kaiserlichen Gästen der Parade bei: Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, Prinz Karl von Schwaben, Prinz Walduin von Nassau, Prinz Max von Baden.











